Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 83 (2003)

Heft: 4

Artikel: Einheitlichkeit kann nicht erzwungen werden : unbewältigte Folgen der deutschen Wiedervereinigung

Autor: Piper, Nikolaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166861

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nikolaus Piper,
geboren 1952, ist diplomierter Volkswirt und Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung. Er ist Träger des Ludwig-Erhard-Preises 2001 und Autor der Kinderbücher «Felix und das liebe Geld» (1998) und «Geschichte der Wirtschaft» (2002).

EINHEITLICHKEIT KANN NICHT ERZWUNGEN WERDEN

Unbewältigte Folgen der deutschen Wiedervereinigung

Um das Wirtschaftswachstum, die Lage der Staatsfinanzen und die Stimmung steht es zurzeit in Deutschland schlecht. Es liegt nahe, dafür die amtierende Bundesregierung verantwortlich zu machen. Die Probleme zeigten sich aber schon kurz nach der Wiedervereinigung. Nach langem, quälendem Gezerre ist jetzt in Deutschland eine Reformdebatte in Gang gekommen. Sowohl Gerhard Schröder als auch Edmund Stoiber haben erstaunlich konkrete Vorschläge vorgelegt. Ihre Realisierung verlangt langen Atem und eine ordnungspolitische Neuorientierung.

Die deutschen Sozialdemokraten bekommen jetzt die ganze Wut, den Ärger und auch die Angst zu spüren, welche die Bundesbürger wegen der Wirtschaftslage ihres Landes erfasst hat. Man darf dabei jedoch nicht übersehen, dass Deutschland schon lange vor dem Amtsantritt von *Gerhard Schröder* Wachstums-Schlusslicht in Europa war, und zwar seit der schweren Rezession, die 1993 auf den Wiedervereinigungs-Boom folgte.

Tatsächlich hat Deutschland eine Dekade der Wachstumsschwäche hinter sich. Um die Ursachen zu verstehen, muss man noch ein wenig weiter zurück blicken, ins Frühjahr 1990. Damals rief die SED, die sich erst vor wenigen Monaten den neuen Namen PDS zugelegt hatte, zu einer Grosskundgebung auf. Die Parole im Berliner Lustgarten hiess *«1:1 – wir sind ein Volk»*. Die vermutlich erste echte Demonstration in der Geschichte der Partei richtete sich gegen die Vorschläge von Experten der Deutschen Bundesbank, bei der bevorstehenden deutsch-deutschen Währungsunion für zwei Mark Ost nur eine Mark West zu zahlen.

Gigantische ökonomische Fehler

Die Pläne waren kurz zuvor durch eine Indiskretion bekannt geworden und hatten in der DDR einen Proteststurm ausgelöst, nicht nur bei den Anhängern des alten Systems. Dabei waren die Vorschläge schon ein Kompromiss zwischen den Erwartungen der Menschen und der ökonomischen Realität, die einen Kurs von 1:4 nahegelegt hätte. Jedenfalls hätte auch schon ein Umtausch von 1:2 einen massiven Aufwertungsdruck für die ostdeutsche Wirtschaft bedeutet.

Doch die Träume der Menschen waren stärker als die Gebote der Ökonomie. Die Ostdeutschen übertrugen ihren Wunsch, gleichberechtigte Bürger eines vereinten Deutschlands zu sein, ganz einfach auf die Währung. Hätte man die ohnehin niedrigen Löhne von DDR-Arbeitern nominell gekürzt, etwa wenn aus 1000 Mark Ost 500 Mark West geworden wären, dann hätten die Betroffenen dies als Lohnkürzung empfunden, auch wenn es in Wirklichkeit eine Reallohnerhöhung gewesen wäre. So kam die Währungsunion mit dem Umtauschverhältnis 1:1; nur sehr grosse Bestände an DDR-Mark wurden 1:2 getauscht. Das «Wall Street Journal» hat den ökonomischen Kern der Währungsunion damals so beschrieben: Die Westdeutschen *«haben die DDR annektiert, und jetzt bezahlen sie deren Bürger dafür, dass sie ihre Waren kaufen»*. Dass das nicht gut gehen konnte, war klar.

Die deutsche Einheit hat mit einem gigantischen ökonomischen Fehler begonnen. Vor dieser unbequemen Tatsache darf heute niemand die Augen verschliessen, der Deutschland reformieren will. Schlimm war vor allem, dass das Eins-zu-eins-Denken nach der Währungsunion erst richtig begann. Unter dem Namen «Sozialunion» wurden die Rentner der ehemaligen DDR in die damals schon überlasteten westdeutschen Sozialkassen übernommen, so, als hätten sie ein Leben lang Beiträge gezahlt. Die Ostlöhne wurden im Parforceritt an das Westni-

veau angepasst, ohne jede Rücksicht auf die tatsächliche Arbeitsproduktivität. Ostdeutschland ist heute vermutlich die am stärksten subventionierte Region, die es je gab. Gut 4 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung geht Jahr für Jahr in den Osten. Das wäre zu verkraften, wenn die Subventionen ein exorbitantes Wirtschaftswachstum erzeugten, das dann die Nation mit zieht. Das ist aber nicht der Fall. Seit Mitte der Neunzigerjahre wächst der Osten langsamer als der Westen. Und bei alledem haben viele Ostdeutsche noch das Gefühl, gegenüber den Westdeutschen benachteiligt zu sein. So entsteht eine brisante Mischung aus Missgunst, Neid, Schuldzuweisungen und Überdruss.

Die deutsche Einheit hat mit einem gigantischen ökonomischen Fehler begonnen.

Strapazierte Einheitlichkeit

Fast könnte man meinen, das Geschenk der Einheit habe sich gegen die Deutschen gerichtet. Um den Vorgang zu begreifen, muss man einen Gedanken auf die Sozialpsychologie Deutschlands verwenden. *«Einigkeit und Recht und Freiheit»* sind, so heisst es in der deutschen Nationalhymne, *«des Glückes Unterpfand»*. Einigkeit, wenn nicht gar die Einheitlichkeit, ist ein hohes Ideal, seit es einen deutschen Nationalstaat gibt, auch und gerade in der Bundesrepublik nach 1945. Die *«Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse»* wird sogar vom Grundgesetz gefordert. Einheit und Einheitlichkeit umschrieben schliesslich die Ansprüche der Ostdeutschen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Nach all den Katastrophen der deutschen Geschichte sollte man für diesen Wunsch sogar ein gewisses Verständnis aufbringen. Wenn ein liberales Reformprogramm, das dem Land mehr Spielräume für den Einzelnen und damit notgedrungen auch mehr soziale Divergenz bringt, dies ignoriert, erleidet es die Strafe des Scheiterns. Es war ja gerade das Geniale am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, so wie es *Ludwig Erhard* verstand, dass das Postulat des sozialen Ausgleichs *expressis verbis* aufgenommen und auf eine ökonomisch solide Grundlage gestellt wurde.

Ganz in diesem Sinne wäre heute an Ludwig Erhard anzuknüpfen: Reformer in Deutschland müssen vermitteln, dass Einheit und soziale Stabilität gefährdet sind, wenn man über Steuern, Sozialabgaben und Tariflöhne zu viel Einheitlichkeit zu erzwingen sucht. Ein Land, das die Last der Einheit zu tragen hat und gleichzeitig neue Wettbewerbschancen nutzen will, ein Land, das ausserdem Millionen von Migranten integrieren muss, braucht mehr Unterschiedlichkeit. Für einen Liberalen ist diese Unterschiedlichkeit ohnehin etwas Erstrebenswertes, ein Reformer in Deutschland braucht aber viel Überzeugungskraft, um diese Erkenntnis politisch umzusetzen.

Einheit und soziale Stabilität sind gefährdet, wenn man zu viel Einheitlichkeit zu erzwingen sucht.

Grund zur Eile

Ein nicht zu unterschätzender Vorteil dabei liegt darin, dass in Deutschland, anders als im Grossbritannien der späten Siebzigerjahre, noch keine Revolution notwendig ist, um die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu sichern. Jedenfalls dann nicht, wenn die Reformen jetzt schnell angepackt werden – ehe um das Jahr 2010 die deutschen Sozialsysteme auch noch den demographischen Wandel verkraften müssen, den schnell wachsenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung. Mehr noch: Vieles, für das Deutschland bis vor kurzem noch bewundert wurde, gibt es ja noch immer: die hohe Arbeitsproduktivität, die gute Ausbildung der Facharbeiter, verlässliche, und meist friedliche Arbeitsbeziehungen in den Betrieben, ein leistungsfähiges Ingenieurwesen. Der Kern der notwendigen Reformen ist unter Ökonomen nicht umstritten. Über Details mag man unterschiedlicher Meinung sein, die allgemeine Richtung ist aber konsensfähig. Bei der Umsetzung ist handwerkliches Geschick erforderlich, vermutlich sind auch Fehler unvermeidbar, schliesslich ist insgesamt die richtige Einschätzung des Zeitdrucks ausschlaggebend.

In Deutschland ist, wie gesagt, noch keine Revolution nötig, sondern eine Reform. Je mehr Zeit jedoch vergeht, desto revolutionärer müssen die Reformen werden, wenn sie Erfolg haben sollen. Die Deutschen haben also allen Grund, sich zu beeilen. Die folgenden zehn Punkte sind ein pragmatischer Vorschlag für Reformen, bei dem der Autor keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Notwendige Reformen

Zähmung der Verbände bei der Lohnfindung. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben bei der Lohnfindung in Ostdeutschland katastrophal versagt, daher ist das System des zentral ausgehandelten Flächentarifvertrages schwer beschädigt. Nun muss die Lohnfindung wenigstens teilweise in die Betriebe zurückverlagert werden. So entsteht mehr Unterschiedlichkeit in der Lohnstruktur, die strukturschwachen Regionen und Betrieben zugute kommt. Betriebe müssen das Recht bekommen, mit ihren Betriebsräten Löhne zu vereinbaren, die niedriger sind, als im Tarifvertrag vorgesehen.

Begrenzung des Sozialstaats. Weil die Kosten der deutsch-deutschen Sozialunion nicht zu beseitigen sind und die Beitragszahlungen zu eigentumsähnlichen Ansprüchen geführt haben, braucht diese Reform besondere Sorgfalt. Notwendig sind ein geringerer Anstieg der Renten ebenso wie längere Lebensarbeitszeiten. Die Rentenversicherung muss wieder zu einer Grundsicherung werden, die durch betriebliche und private Altersversorgung ergänzt wird.

Reform des Gesundheitswesens. Das deutsche Gesundheitssystem erhebt den Anspruch, solidarisch zu sein, also jedem Bürger die medizinisch beste Versorgung, unabhängig von seinem Einkommen, zu garantieren. Es kann diesen Anspruch aber immer weniger einlösen; systemimmanente Reformen haben nur zu Bürokratie und Leistungsverschlechterung geführt. Deshalb wird auch in Deutschland kein Weg an einer Grundsicherung für alle vorbei führen, die dann durch private Zusatzversicherungen zu ergänzen wäre. Dies wird einen Proteststurm auslösen; denn viele organisierte Interessen sind davon betroffen. Die einen werden von «Zweiklassenmedizin» reden, die anderen sich beschweren, weil auch jene in die Grundsicherung einzahlen müssten, die sich bisher aus der gesetzlichen Krankenversicherung freikaufen können; schliesslich werden die Verbandsvertreter gegen ihre drohende Entmachtung protestieren.

Reform des Föderalismus. Die Bundesrepublik begreift sich, wie die Schweiz, als föderaler Staat. Auch das ist eine Konsequenz der wechselhaften deutschen Geschichte. Der deutsche Föderalismus wurde jedoch gelähmt durch ein undurchdringliches Geflecht von Finanzströmen und Verpflichtungen zwischen Bund und Ländern. Die Länder haben kaum noch finanziellen Gestaltungsspielraum, wohl aber die Macht, die Bundespolitik über den Bundesrat zu blockieren. Die Gemeinden bluten unterdessen finanziell aus, viele stehen schon unter Zwangsverwaltung. Auch hier ist mehr Mut zu Unterschiedlichkeit nötig.

Mehr Effizienz bei den Subventionen für Ostdeutschland. Grundsätzlich ist an der Subventionshöhe auf absehbare Zeit nichts mehr zu ändern, aber angesichts der miserablen Ergebnisse ist eine Bestandsaufnahme überfällig.

Weniger Vorschriften. Es ist in Deutschland immer noch viel zu viel verboten, die Gründung eines Unternehmens erfordert ein Vielfaches des in den Vereinigten Staaten notwendigen Aufwandes. Ein Akt von besonderer Symbolkraft wäre es, wenn die Geschäfte in Deutschland, ausserhalb des Sonntags, öffnen und schliessen könnten, wie sie wollen.

Eine nachhaltige Steuerreform mit dem Ziel, vor allem die Grenzsteuersätze zu ermässigen. Allerdings darf man dabei nicht die Illusion wecken, es liesse sich die Steuerquote in Deutschland nachhaltig senken. Die liegt im internationalen Vergleich eher im unteren Bereich. Die eigentliche Entlastung muss von den Sozialbeiträgen kommen.

Umstrukturierung des Staatshaushalts. Wie überfrachtet Deutschland mit den Lasten der Vergangenheit ist, zeigt sich nirgends so deutlich wie im Bundeshaushalt. Von den 247 Milliarden Euro gehen allein 74 Milliarden als Zuschuss in die Rentenversicherung. Zählt man die Zinsausgaben und die Versorgung für Pensionäre dazu, verwendet der Bund über die Hälfte seiner Ausgaben für die Bewältigung der Vergangenheit. Für die Zukunft ist immer weniger Geld da: Der Anteil der Investitionen liegt unter 10 Prozent. Nicht nur der Bund, auch Länder und Gemeinden müssten eigentlich erheblich mehr investieren, um das Land auf Wachstumskurs zu bringen.

Entmachtung der Verbände. Zwischen Staat und Bürger haben sich in Deutschland die Verbände als Meta-Ebene geschoben. Bundeskanzler Schröder hat versucht, die Verbände über das Bündnis für Arbeit gezielt in den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einzubinden. Das Konzept ist gescheitert, die Verantwortung für die Reformarbeit muss wieder in den Bundestag zurück verlagert werden.

Bildungsreform: Die Pisa-Studie hat gezeigt, wie gross der Nachholbedarf Deutschlands in der Bildungspolitik ist. Die Verantwortung für die Bildung liegt bei den Bundesländern. Der Bund muss aber gewährleisten, dass mehr Geld in Schulen und Hochschulen fliessen kann. ✦